

**Eigenverantwortung ohne Überforderung:
Von der Janusköpfigkeit bürgerschaftlichen Engagements in der Soziokultur**

Eine aktive, verantwortungsbewusste und solidarische Bürgergesellschaft emanzipiert den Bürger vom bloßen Zivilisten zum gesellschaftlichen Akteur. Bürgerschaftliches Engagement ist damit das Öl, das eine solche Gesellschaft am Laufen hält. Folglich sind die Hoffnungen, die dieses Feld bestimmen enorm. Bürgerschaftliches Engagement soll Lösungen für demografischen Wandel, Aus- und Weiterbildungs-, Pflege- und Betreuungsdefizite, mangelnde Chancengleichheit, Integrationsprobleme etc. liefern. Die darin enthaltenen hohen Erwartungen erinnern an die ehrgeizigen Ziele, die einst auch die Soziokultur bestimmten und erst seit den neunziger Jahren sukzessive eine Neubewertung und damit auch Pragmatisierung erfahren haben.

Die Vielfalt möglicher Engagementformen sowie deren unterschiedliche Motivationen korrespondieren mit der für die Soziokultur typischen Buntheit ihrer Aktionsfelder. Für beide Felder besteht die Gefahr einer einseitigen Betrachtung bzw. Fokussierung operationalisierbarer Bereiche. Die heterogene Breite der Felder mit allen Vor- und Nachteilen kann dabei aus dem Blick geraten, wenn ein Thema politisch wird und vorwiegend positive Zuschreibungen erhält.

Bürgerschaftliches Engagement beschreibt ein sich Einsetzen für etwas aber auch dagegen, selbstbestimmtes Mitgestalten, kritisch oder aktiv Sein - mitunter unbequem. Diese jeweils unterschiedlichen Interessen bestimmen die Gesamtheit bürgerschaftlichen Engagements. Eine starke Zivilgesellschaft braucht dieses Engagement und eine gute Regierung fördert diesen Bereich. Obwohl es auch bedeutet, Demokratieansprüche aushalten zu müssen, unterschiedliche Interessen und Sichtweisen. Insofern gibt es tatsächlich Parallelen zwischen der Entwicklung der Soziokultur und dem aktuellen Bestreben, das bürgerschaftliche Engagement zu fördern. Hohe Ziele auf der einen Seite und eine Vielfalt tatsächlicher Engagementformen auf der anderen. Dazu das unvollständige Bekenntnis, auf welche Art und Weise eine strukturierende Förderung vor Ort - in den Kommunen und Landkreisen - erreicht werden soll.

Eine Ausweitung bürgerschaftlichen Engagements, wie es die Bundesregierung mit ihrer Engagementstrategie 2010 beschlossen hat, zielt auf die Hoffnung eines aktivierenden Sozialstaates. Leider entspricht dieses Papier mehr einer Bestandsaufnahme bundespolitischer Maßnahmen als einem strategischen Plan und konzentriert sich auf die sicher notwendige Anerkennung und Würdigung freiwilligen Engagements. Vor allem fehlen konkrete Angaben über die Realisierung einer Infrastruktur, die bürgerschaftliches Engagement koordinierend gestalten könnte. Dies erfordert

eine Vernetzung zwischen Bund, Ländern und Kommunen und braucht eine paritätisch geleistete Finanzierung. Sich zu bürgerschaftlichem Engagement zu bekennen bedeutet also zuerst, darin zu investieren. Erst im zweiten Schritt besteht die Chance für die Gesellschaft, von den Leistungen bürgerschaftlichen Engagements profitieren zu können.

Die Soziokultur ist ein Praxisfeld, das hier Vorzeigecharakter haben könnte, weil es solche ambitionierten Hoffnungen seit vielen Jahren praktiziert und, bereits einen Schritt weiter, auch mit den Problemen dieser Praxis konfrontiert ist.

Die überwiegende Mehrheit soziokultureller Initiativen und Zentren sind bürgerschaftlich verantwortete Institutionen, die klassisch in der Trägerstruktur eines Vereins stehen. Die Soziokultur beschreibt daher weniger ein Praxisfeld, welches sich schwerpunktmäßig um eine Aktivierung von Freiwilligenarbeit bemüht. Im Fokus stehen vielmehr Bestrebungen einer Professionalisierung im Sinne eines vernünftigen Managements von Freiwilligenarbeit bzw. auch die Sorge um einen Gewöhnungseffekt seitens der Zuwendungsgeber, an ein durch bürgerschaftliches Engagement geführtes soziokulturelles Vorhaben. Was in anderen Sparten als ausbaufähig angesehen wird und überdies einen besonderen Wert zugeschrieben bekommt, ist in der Soziokultur Voraussetzung. In Folge ihrer Entstehungsgeschichte, etwa als Produkt der neuen sozialen Bewegungen in den alten Bundesländern bzw. auch eines freigesetzten Potenzials freiheitlicher Vereinsgründungen nach der politischen Wende in Ostdeutschland, steht die Soziokultur per se für bürgerschaftliches Organisieren und Gestalten von sozialen und kulturellen Institutionen.

Dennoch ist bürgerschaftliches Engagement für die Soziokultur eine janusköpfige Angelegenheit. Auf der einen Seite existiert fast keine Einrichtung, die ohne Freiwillige auskommt. Allein die Trägerstruktur impliziert einen ehrenamtlichen Vorstand sowie ambitionierte Gründerbiografien. In vielen Einrichtungen übersteigt die Zahl der ehrenamtlich Tätigen bei Weitem die Zahl der Hauptämter. Dies reicht von Freiwilligendiensten wie dem FSJ bis zum klassischen Ehrenamt. Freiwillige sind in der Soziokultur unverzichtbar. Sie sind Gründer, Gestalter und Unterstützer und tragen oft ein hohes privates Risiko etwa als Vorstände. Auf der anderen Seite führt diese Arbeitsweise der Soziokultur zu Überlastungen in jeder Hinsicht, gefährdet unter Umständen die Qualität der Angebote und führt oft zu sehr prekären Arbeitsverhältnissen.

So ist die Motivation für eine ehrenamtliche Tätigkeit nicht gleichzusetzen mit einem Dienstleistungsverständnis. Teilfinanzierte Institutionen, die keine oder kaum hauptamtliche Mitarbeiter haben, laufen auch Gefahr, Programme nach den eigenen Vorlieben zu gestalten und erreichen damit nicht unbedingt den vom Zuwendungsgeber intendierten Auftrag für die Gesellschaft.

Ehrenamtliche Strukturen reagieren zudem viel anfälliger auf Krisen und Überarbeitung. Schließlich heißt Ehrenamt auch, dass Freizeitressourcen zur Verfügung ge-

stellt werden, die man sich leisten können muss, dass die Tätigkeit erfüllt und honoriert wird. Da dies nicht finanziell geschieht, sind Erfolg und vor allem Anerkennung viel wichtiger als in hauptamtlichen Strukturen. Normale Krisen können so zu starken Frustrationen führen, auch, weil Krisen der Institution als persönliche Krisen interpretiert werden. Bei einer drohenden Insolvenz kann sogar ein ganzes Lebenswerk auf dem Spiel stehen. Hier wird deutlich, dass Ehrenamt seine Grenzen hat. In der Pionierphase einer Einrichtung ist eine hauptsächlich ehrenamtliche Struktur sicher nicht ungewöhnlich. Um aber dauerhaften Bestand haben zu können, müssen sich Einrichtungen professionalisieren, was mindestens die Etablierung hauptamtlicher Strukturen bedeutet. Deshalb ist es kurzsichtig, wenn sich z. B. eine Kommune zu einem soziokulturellen Zentrum bekennt und auch gewisse Leistungen für die Gesellschaft einfordert aber nicht bereit ist, die Basisfinanzierung so zu gestalten, dass ein Haus hauptamtlich geführt werden kann. Eine hauptamtliche Geschäftsführung ist Grundvoraussetzung für eine solide Partnerschaft zwischen Träger und Kommune bzw. Landkreis.

Es gibt zudem Einrichtungen, die seit vielen Jahren mit einem hauptsächlich ehrenamtlichen Engagement sehr erfolgreich geführt werden. Spätestens, wenn ein Wechsel des Personals ansteht, wird die Problematik solcher Strukturen deutlich. Die Aufopferungsbereitschaft der Akteure folgt persönlichen Mustern, die nicht einfach übertragen werden können. Oft ist die Biografie der Häuser deckungsgleich mit der Biografie der Protagonisten. Solche personenbezogenen Häuser sind keine Dienstleistungsinstitutionen, vielmehr verkörpern sie ein Lebenswerk, das durch den persönlichen Einsatz entstanden ist. Spätestens hier müssen Länder und Kommunen, wenn sie sich zu einer Einrichtung bekennen, in Nachhaltigkeit investieren und die Akteure soweit unterstützen, dass dauerhafte und übertragbare Strukturen entstehen können.

Bürgerschaftliches Engagement steht zum einen für eine Initiativeleistung, die für ein dauerhaftes Bestehen verlässliche Strukturen braucht. Für eine Aktivierung solchen Engagements dagegen muss zuvor eine Infrastruktur bestehen, die koordinierend und motivierend wirkt. Deshalb gilt hier: ohne Hauptamt kein Ehrenamt. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um ein soziokulturelles Zentrum handelt oder einen Sportverein, Parteien oder Patenschaftshilfen.

Die Vielfalt möglichen Engagements erreicht nur dann eine gesamtgesellschaftliche Wirkung, wenn sie koordiniert und gesteuert wird, wenn es Verantwortlichkeiten gibt und der Einsatz strategisch angelegt ist. Es verlangt die Würdigung durch das Umfeld und das Erkennen des Engagierten, mit seiner Leistung einen sinnvollen Beitrag zum großen Ganzen leisten zu können.

Die Soziokultur kann daher aus vielen Jahren Erfahrung und als Pionier in Sachen bürgerschaftlichen Engagements mit aller Deutlichkeit auf die Notwendigkeit verlässlicher und damit hauptamtlicher Strukturen hinweisen: im Nachhinein, um den Initia-

toren ein dauerhaftes und erfolgreiches Arbeiten zu ermöglichen oder vorab, um Menschen für bürgerschaftliches Engagement motivieren und aktivieren zu können. Das freiwillige Engagement lässt sich nicht einfordern, sondern nur befördern. Dafür braucht es Fundamente und eine Unterstützung nach dem Subsidiaritätsprinzip. Eigenverantwortung ohne Überforderung.

Anne Pallas ist Geschäftsführerin des Soziokulturellen Zentrums Putzjathaus/Dresden und designierte Geschäftsführerin des Landesverbandes Soziokultur Sachsen.

Kontakt: annepallas@gmx.de